

SZ 140711

Große Pläne

Grafrather Gemeinderat will mehr
Bauland um Klosterwirt ausweisen

Grafrath – Eine deutliche Mehrheit im Grafrather Gemeinderat will, dass die Planung für die Bebauung des Klosterwirt-Areals umgehend fortgesetzt wird. Auf Antrag der Fraktionen von CSU und Freie Wähler Einigkeit (FWE) hat der Gemeinderat beschlossen, einen Bebauungsplan aufzustellen, der für eine erweiterte Fläche gelten soll. Die neue Fläche entspricht der Planskizze der Firma Real-Treuhand vom Februar 2011, nach der die Lücke zwischen den Gebäuden im Westen und im Osten bebaut und im Süden ein nahezu gradliniger Ortsrand geschaffen werden soll. Neben den Fraktionen von CSU und FWE votierten auch Ulrike Kanzler und Gabriele Oellinger (beide BfG) für einen solchen Plan. Ein Antrag ihres Ratskollegen Burkhard von Hoyer, mit dem Aufstellungsbeschluss zu warten, da es für eine so große Ausweisung von Bauland keinen signifikanten Bedarf gebe, wurde abgelehnt. Hoyer befand, es sei „nicht Aufgabe einer Kommune, Bauland auszuweisen, um einen Begünstigten wirtschaftlich zu unterstützen“. Erst solle die Gemeinde vertraglich absichern, dass die Real-Treuhand den Klosterwirt samt denkmalgestütztem Stadel auch wirklich sanieren und erhalten wird.

Nachdem sein Antrag abgelehnt worden war, regte Hoyer die Aufstellung eines Bebauungsplanes an, mit dem die Gemeinde ihre Forderungen besser durchsetzen könne, beispielsweise die Sanierung von Klosterwirt und Stadel. Diese Ansicht teilte auch Roger Struzena. Der Grünen-Gemeinderat brachte vor, dass Real-Treuhand schon mit der kleinen Lösung rund zwei Millionen abschöpfen könne und die zusätzlichen 6500 Quadratmeter daher nicht zur Bebauung freigegeben werden müssten. Schon gar nicht, ohne dass verbindlich vereinbart worden sei, „welchen Ausgleich die Real-Treuhand der Gemeinde zukommen lassen will“.

CSU-Sprecher Gerald Kurz warnte Struzena, den Anschein eines Kopplungsgeschäftes aufkommen zu lassen. Ein Antrag von Struzena, Real-Treuhand vorzuschreiben, dass 5000 Quadratmeter als Grünfläche erhalten bleiben, fand keine Zustimmung. Klaus-Dieter Nerlich (SPD) sprach sich dafür aus, die Vorstellungen der Gemeinde deutlich zu machen, wie den Wunsch nach mehr Berücksichtigung des Sozialbereichs. „Für die Gemeinde muss schon etwas rausspringen“ forderte Dietlind Hagenguth (BfG). Außerdem sollte Grafrath die Chance nicht vergeben, eine sinnvolle Bebauung durchzusetzen.

Manfred Amann